

Umdenken in der Altersvorsorge

Deutschland geht es gut. So liegen wir bei der Staatsverschuldung in Relation zum BIP deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Dennoch sehen wir uns auch hierzulande mit Missständen und gewaltigen Herausforderungen konfrontiert. Braucht es gar eine Revolution in der Altersvorsorge? Und in welche Richtung bewegt sich Deutschland und der europäische Kontinent? Bettina Stark-Watzinger, Vorsitzende des Finanzausschusses im Deutschen Bundestag, nahm im Gespräch eine Standortbestimmung vor.

→ Welchen Eindruck haben Sie als Abgeordnete des Deutschen Bundestages von der Arbeit der Koalition?

Die Regierung ist leider derzeit nur mit sich selbst beschäftigt. In den vielen Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern spürt man die Verzweiflung, dass Probleme nicht gelöst und Herausforderungen nicht angegangen werden. Dabei gibt es so viele Themen, die wir jetzt für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands entscheiden müssen. Die bisher eingebrachten Initiativen der Bundesregierung sind zu ambitionslos – bisher kein Konzept für die Abschaffung des Solidaritätszuschlages und keine weiteren Entlastungspläne für die Mitte der Gesellschaft, keine Rede von einer notwendigen Unternehmenssteuerreform, keine Stärkung der kapitalgedeckten Altersvorsorge, keine Initiative für den Abbau von unnötiger Bürokratie und kein ambitioniertes Ziel bei der Digitalisierung. In einem Satz: Die Bundesregierung hat keine Gestaltungskraft und verschenkt damit in der aktuell sehr guten wirtschaftlichen und finanziellen Lage die Chance, die Weichen zur Bewältigung der Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte zu stellen.

→ Von Berlin nach Brüssel. Wie stehen Sie zu den Plänen, die Eurozone zu stärken und vertiefen hin zu einer Wirtschaftsunion?

Meiner Ansicht nach diskutieren wir bei der Zukunft unserer gemeinsamen Währung die falschen Schwerpunkte. Wir konzentrieren uns nahezu ausschließlich auf die Debatte einer erzwungenen Risikoteilung und ob eine Transferunion eingeführt werden soll. Wirklich stabilisierende Maßnahmen wie die Eigenkapitalunterlegung von Staatsanleihen oder eine Insolvenzordnung für Staaten, die zu einem konsequenten Bail-in der Gläubiger führen könnte, finden keine oder nur symbolische Erwähnung. Somit bleibt der „Teufelskreis“ zwischen Staaten und Banken intakt. Statt für die Vollendung der

Bankenunion sollten wir unsere ganze Energie für die Kapitalmarktunion aufbringen. Hier findet die Risikoteilung nicht auf Kosten des Steuerzahlers statt, sondern nach privaten, marktwirtschaftlichen Formen.

→ In welcher Verfassung ist Europa?

Europa ist in vielerlei Hinsicht gespalten. Es gibt von Nord nach Süd ein wirtschaftliches Gefälle, von Ost nach West eine Spaltung was die Beantwortung von Migrationsfragen angeht und schließlich auch eine Spaltung in der generellen Haltung zur Zukunft der EU zwischen Alt und Jung, die sich vor allem im Abstimmungsverhalten des Brexit-Referendums ausgedrückt hat. In allen drei Fragen haben populistische Kräfte hinzugewonnen und ködern mit einfachen Antworten. Wir sehen aber auch, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen in unserem Land um die Bedeutung Europas weiß – nicht nur wirtschaftlich, sondern auch als Friedensprojekt. Da man auf Schulden keine Freundschaft aufbauen kann, ist es wichtig, den Verdruss der Menschen mit Blick auf Überbürokratisierung, Vergemeinschaftung von Schulden und der mangelnden gemeinsamen Lösungen in der Migrationsfrage mit guten Projekten gegenzusteuern. Projekte, die man als einzelner Staat nicht lösen kann, die die Union aber zusammenschweißen.

→ Was halten Sie von einem Europa der zwei oder mehreren Geschwindigkeiten?

Schon Konrad Adenauer hat gesagt: „Wir müssen die Menschen so nehmen wie sie sind. Wir haben keine anderen.“ Deshalb halte ich es für den falschen Weg, den anderen Ländern eine Vertiefung gegen ihren Willen vorzuschreiben. Gerade auch mit Blick auf den Brexit müssen wir einen Aufbau in Europa finden, der erlaubt, dass einige Länder ihre Zusammenarbeit vertiefen und andere dem guten Vorbild folgen können.

→ INTERVIEW



Im Anschluss an ihr Studium der Volkswirtschaftslehre war Bettina Stark-Watzinger in der Finanzbranche (1993 – 2006) tätig. Nach einem langen Auslandsaufenthalt in Großbritannien wechselte sie in das Bildungswesen und war zuletzt Geschäftsführerin eines Forschungsinstituts in Frankfurt. 2017 zog sie für die FDP in den Bundestag ein.

→ Verweigert sich die Politik einer öffentlichen Diskussion über Altersarmut in Deutschland?

Nein, das Thema Mehrausgaben bei der Rente scheint eines der wenigen Themen zu sein, auf die sich die Große Koalition noch einigen kann. Die diskutierten Lösungsvorschläge überzeugen mich allerdings überhaupt nicht. Im Kern geht es immer um noch mehr Umverteilung, obwohl kaum ein Industrieland so viel umverteilt wie Deutschland. Hinzu kommt, dass das durchschnittliche Vermögen in anderen europäischen Ländern deutlich höher ausfällt als hierzulande. Und selbst wenn mit viel Steuergeld das Rentenniveau der gesetzlichen Rentenversicherung gehalten werden soll, so reicht das Geld bei weitem nicht aus, um den während des Erwerbslebens gewonnenen Lebensstandard im Alter zu halten. Wir brauchen nicht mehr Umverteilung, sondern wir müssen dafür sorgen, dass auch in der Altersvorsorge eine Beteiligung am Wachstum unserer Wirtschaft erfolgt und vor allem niedrige und mittlere Einkommen besonders vom Vermögensaufbau profitieren.

→ Braucht Deutschland generell eine Revolution in der Altersvorsorge?

Bisher stammen immer noch dreiviertel der Altersvorsorgezahlungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Das Versprechen der Großen Koalition, eine doppelte Haltelinie mit Blick auf das Rentenniveau und die Beitragszahlungen einzuführen, kostet den Steuerzahler nach Berechnungen des Max-Planck-Instituts 11 Mrd. Euro im Jahr 2025 und im Jahr 2030, wenn der demographische Wandel richtig durchschlägt, bis zu 45 Mrd. Euro pro Jahr, Tendenz steigend. Die von Finanzminister Scholz angekündigte langfristige Stabilisierung des Rentenniveaus ist ein Angriff auf die Generationengerechtigkeit und nur mit deutlicher Steuer- und/oder Beitragserhöhungen zu finanzieren. Revolution ist ein großes Wort, aber wir dürfen nicht mehr Zeit verlieren. Ein erster Schritt wäre, wenn man in Deutschland die Diskussion versachlichen könnte und dann Schritte in die richtige Richtung machen würde. Leider ist die Koalition in Berlin dazu nicht bereit. Vielmehr kämpfen die Regierungsparteien ums Überleben und verschlechtern mit einem ideologisch motivierten Provisionsdeckel bei der Lebensversicherung die Situation. Sinnvoll wären zielgerichtete Reformen zur Weiterentwicklung der zulagegeforderten Altersvorsorge durch eine Vereinfachung und Modifizierung sowie die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge.

→ Machen zunehmende Regulierungen eine Wertpapierkultur kaputt?

Wir sehen diesen Trend in der Tat. Statt für mehr Transparenz und Sicherheit zu sorgen, ersticken die Anleger in Papier. Insbesondere bei Bürgerinnen und Bürgern, die erstmalig am Kapitalmarkt anlegen wollen, sorgen diese unübersichtlichen Formularberge für große Verunsicherung und

Abschreckung. Dabei ist die Wertpapierkultur in Deutschland im internationalen Vergleich bereits ausgesprochen niedrig. Vor allem mit Blick auf die angesprochene Altersvorsorge muss es Ziel der Politik sein, dass die Bürgerinnen und Bürger auch privat selber Vorsorge treffen können.

→ Weiß die Bevölkerung in ihrer Mehrheit zu wenig über Rente und Altersvorsorge?

Leider ja. Wir haben da ein vielschichtiges Problem: Grundsätzlich fällt es den meisten Menschen schwer, den langen Zeitraum bis zur Rente zu planen. Oft stehen die aktuellen Themen im Vordergrund. Auch wird der Zinseszins-effekt unterschätzt. Wir wissen heute, dass über 50 Prozent der Menschen nicht abschätzen können, wie ihr Versorgungsstatus im Alter aussieht. Gleichzeitig wissen wir, dass informierte Sparer, mehr und zielgerichteter anlegen. Eine einfache Abhilfe wäre, die ökonomische Bildung, vor allem bei jungen Menschen zu stärken.

→ Gibt es so etwas wie goldene Regeln für die eigene Vorsorge?

Jeder Mensch hat eine unterschiedliche Risikoaversion. Eine goldene Regel, die für alle gilt, die alle Risiko-Rendite-Profile abdeckt, gibt es meiner Ansicht nach nicht. Viele Vorsorgemöglichkeiten können zum individuellen Wohlstand führen. Daher wehre ich mich auch gegen Standardprodukte, die jedem zum Glück zwingen wollen, als Beispiel sei der Vorschlag der „Deutschland-Rente“ der hessischen schwarz-grünen Landesregierung genannt. Es kommt meiner Ansicht nach auf zwei wesentliche Punkte an: Zum einen müssen Anleger den Zinseszins-effekt nutzen. Wer schon sehr früh anfängt zu sparen, kann auch schon mit kleinen Beträgen ein später größeres Vermögen aufbauen. Zum Zweiten müssen wir dahin kommen, dass mehr Menschen in renditestarke Anlagen investieren – gerade in der Niedrigzinsphase führt daran kein Weg vorbei. Die Quote derer, die Aktien halten, ist in Deutschland vergleichsweise viel zu niedrig.

→ Wie stehen Sie zu strukturierten Wertpapieren im Kontext eines breit aufgestellten Depots?

Strukturierte Produkte können einen wertvollen Beitrag zur Altersvorsorge leisten. Gleichzeitig kann man nicht erwarten, dass jeder Anleger komplexe Produkte versteht. Deshalb ist ein intensiver Austausch zwischen Industrie, Politik und Wissenschaft notwendig, um die besten Produkte zu entwickeln. Transparenz und Information spielen eine wichtige Rolle. Am Ende des Tages ist nicht das einzelne Produkt das Problem, sondern die Anwendung.

→ DER DDV IN KÜRZE

Der Deutsche Derivate Verband (DDV) ist die Branchenvertretung der führenden Emittenten strukturierter Wertpapiere in Deutschland, die mehr als 90 Prozent des deutschen Zertifikatemarkts repräsentieren: BayernLB, BNP Paribas, Citigroup, Commerzbank, DekaBank, Deutsche Bank, DZ BANK, Goldman Sachs, Helaba, HSBC Trinkaus, HypoVereinsbank, LBBW, Morgan Stanley, Société Générale, UBS und Vontobel. Außerdem unterstützen 17 Fördermitglieder, zu denen die Börsen in Stuttgart und Frankfurt, die Baader Bank, die Direktbanken comdirect bank, Consorsbank, flatex, ING-DiBa, maxblue und S Broker sowie Finanzportale und Dienstleister zählen, die Arbeit des Verbands.

Deutscher Derivate Verband (DDV)

Lars Brandau
Geschäftsführer

Geschäftsstelle Frankfurt
Feldbergstraße 38
60323 Frankfurt am Main
Telefon: +49 (69) 244 33 03 - 60
brandau@derivateverband.de

Geschäftsstelle Berlin
Pariser Platz 3
10117 Berlin
Telefon: +49 (30) 4000 475 - 20

www.derivateverband.de